

Ehronrede Sr. Majestät des Königs
zur Eröffnung des preussischen Landtages
am 15. November 1867.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden
Häusern des Landtages!

Zum ersten Male begrüße Ich heute an dieser Stelle die
Vertreter der neuen Landestheile, welche durch die Ereignisse
einer großen Zeit mit Meinem Staate vereinigt worden sind.

Mit Zuversicht erneuere Ich den Ausdruck des Vertrauens,
daß die Bewohner dieser Landestheile, so wie Ich dieselben von
ganzem Herzen zu Meinem Volke aufgenommen habe, Mir
und dem erweiterten Vaterlande auch ihrerseits redliche Treue
widmen werden.

Die Vollmacht, welche die Landesvertretung Meiner Re-
gierung erteilt hatte, um den Eintritt der neuen Provinzen
in die verfassungsmäßigen Zustände Preußens vorzubereiten,
ist in der Richtung benutzt worden, um eine vorläufige Aus-
gleichung auf denjenigen Gebieten herzustellen, auf welchen eine
solche durch das gemeinsame Staats-Interesse unbedingt geboten
erschien.

Im möglichst engen Anschlusse an die vorgefundenen, den
Bevölkerungen lieb gewordenen Einrichtungen sind in den
neuen Landestheilen nach Anhörung von Vertrauensmännern
Kreis- und Provinzial-Verfassungen ins Leben gerufen wor-
den, deren Ausführung und weitere Entwicklung geeignet sein
wird, die Theilnahme der Eingewohnten an der Regelung ihrer
wirthschaftlichen Interessen zu beleben und die wünschenswerthe
Selbstverwaltung auch der größeren kommunalen Körperschaften
anzubahnen.

Während die Heereseinrichtungen des Norddeutschen Bun-
des durch die Verfassung desselben und durch das Gesetz über
die Wehrpflicht auf den bewährten Grundlagen der preussischen
Einrichtungen festgestellt worden sind, ist die Organisation der
Wehrkräfte des gesammten Vaterlandes in den Grundzügen
vollendet worden.

Nachdem so der Boden für eine gemeinsame Thätigkeit der
Vertretung Meiner gesammten Monarchie bereitet ist, wird es
unserer Vereinten und, wie Ich zu Gott hoffe, einmüthigen
Thätigkeit gelingen, diesen Boden fruchtbringend zu machen.

Der Entwurf zu dem Staatshaushalts-Etat für das
Jahr 1868, welcher Ihnen unverzüglich vorgelegt werden wird,
unterscheidet sich wesentlich von den früheren Etats. Während
derselbe einerseits die der Monarchie neu hinzugetretenen Landes-
theile mit umfaßt, sind andererseits wichtige Kategorien von
Einnahmen und Ausgaben ausgeschieden und auf den Etat des
Norddeutschen Bundes übergegangen.

Aus den Vorlagen über den Staatshaushalt werden Sie
ersehen, daß die mit Vorsicht veranschlagten Einnahmen nicht
nur die Mittel darbieten, um die laufenden Bedürfnisse der
Verwaltung zu decken, sondern daß es auch möglich gewesen ist,
auf vielen Gebieten der Staatsverwaltung neuen und gesteigerten
Anforderungen Genüge zu leisten.

Indem Ich voraussetze, daß die Lage des Staatshaushalts
Ihnen zur Genugthuung gereichen wird, vertraue Ich zugleich
auf Ihre bereitwillige Zustimmung zu dem Mehraufwande,
welchen Ich zur Aufrechterhaltung der Würde der Krone unter
den veränderten Verhältnissen für geboten erachte.

Es werden Ihnen verschiedene Gesetzesvorlagen zugehen,
welche bestimmt sind, das Staatsschuldenwesen der neu erwor-
benen Lande zu regeln, ferner die für dieselben festgestellten
Finanz-Etats auf das Jahr 1867 durch die für das vierte
Quartal vorbehaltene nachträgliche Zustimmung zu ergänzen
und für die Behandlung der danach zu legenden Rechnungen
Normen zu geben.

Nachdem als oberster Gerichtshof für die neuen Landes-
theile das Ober-Appellationsgericht errichtet worden ist, wird
Ihnen ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werden, um die Vereini-
gung dieses Gerichtshofes mit dem Ober-Tribunal herbeizu-
führen.

Meine Regierung wendet der Fortbildung der Kreis- und
Provinzial-Verfassungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu, und

wird, sobald die erforderlichen Vorbereitungen beendet sind,
Ihnen darauf bezügliche Gesetz-Entwürfe zugehen lassen.

Leider hat die Erndte dieses Jahres in einem Theile des
Staates dem Bedürfnisse nicht entsprochen, so daß in einigen
besonders schwer heimgesuchten Bezirken außerordentliche Maß-
regeln haben getroffen werden müssen, oder noch zu treffen sein
werden. Einweilen hat sich die Staatsregierung veranlaßt
gesehen, durch Herabsetzung der Tarife auf den Eisenbahnen die
Zufuhr zu erleichtern, und durch Beförderung von Straßen-
bauten und Meliorationen Arbeit und Verdienst zu schaffen.

Der Druck der Unsicherheit, welcher als Wirkung verschie-
dener, größtentheils beseitigter Ursachen auf dem Verkehr lastete,
wird, wie Ich zuversichtlich hoffe, in Folge friedlicher Gestal-
tung der Lage Europas einem lebhafteren Aufschwunge weichen,
um so mehr, als durch Erneuerung der Zollvereinigung mit den
süddeutschen Staaten unter zweckmäßiger Veränderung der inne-
ren Organisation des Zollvereins, durch den heute erfolgenden
Eintritt der Provinz Schleswig-Holstein in den letzteren, durch
erhebliche Herabsetzung von Hafengeldern und sonstigen, auf der
Schiffahrt lastenden Abgaben, der Gewerbetätigkeit und dem
Handel wesentliche Erleichterungen zugewendet worden sind.

Geehrte Herren! Das Werk nationaler Einigung, welchem
die preussische Landesvertretung durch ihre Zustimmung den
Abschluß zu geben berufen war, ist seitdem ins Leben getreten.
Wenn Sie eingewilligt haben, einen Theil Ihrer Befugnisse
auf den Norddeutschen Reichstag zu übertragen, so verkündet
schon jetzt das Zeugniß der Geschichte, daß Sie damit das Rechte
zu rechter Zeit gethan haben. Das preussische Volk hat in der
Gestaltung des Norddeutschen Bundes vermehrte Bürgschaften
der Sicherheit und ein erweitertes Feld organischer Entwicklung
gewonnen; gleichzeitig ist mit den süddeutschen Stammgenossen
die Gemeinschaft der wirthschaftlichen Interessen und der that-
kräftigen Vertheidigung aller höchsten Güter des nationalen
Lebens gesichert.

Die Verträge, auf welchen diese Gemeinschaft beruht, haben
in jüngster Zeit eine erhöhte Bedeutung dadurch gewonnen,
daß auch bei ihrer Berathung in den Volksvertretungen das
nationale Bewußtsein sich siegreich bewährt hat.

Die Beziehungen Meiner Regierung zu den auswärtigen
Mächten sind durch die neuen Verhältnisse, in welche Preußen
inmitten des Norddeutschen Bundes gestellt ist, nicht verändert
worden. Mit dem freundschaftlichen Charakter derselben sind
die persönlichen Begegnungen mit der Mehrzahl der Souveraine
Deutschlands und des Auslandes, zu welchen Mir im vergan-
genen Sommer Gelegenheit gegeben war, in vollem Einklange.

Das friedliche Endziel der Deutschen Bewegung wird von
allen Mächten Europas erkannt und gewürdigt, und die Frie-
densbestrebungen der Fürsten werden getragen von den Wün-
schen der Völker, welchen die wachsende Entwicklung und Ver-
schmelzung der geistigen und materiellen Interessen den Frieden
zum Bedürfniß macht.

Die jüngsten Besorgnisse wegen einer Störung des Frie-
dens in einem Theile Europa's, wo zwei große Nationen, beide
uns eng befreundet, von einer ernstlichen Verwicklung bedroht
erschieden, darf Ich als beseitigt ansehen. Den schwierigen
Fragen gegenüber, welche dort noch einer Lösung harren, wird
das Bestreben Meiner Regierung dahin gerichtet sein, einerseits
den Ansprüche Meiner katholischen Unterthanen auf Meine
Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes
ihrer Kirche gerecht zu werden und andererseits den Pflichten
zu genügen, welche für Preußen aus den politischen Interessen
und den internationalen Beziehungen Deutschlands erwachsen.
In beiden Richtungen sehe Ich in Erfüllung der Aufgaben,
welche Meiner Regierung gestellt sind, keine Gefährdung des
Friedens.

So lassen Sie uns um so zuversichtlicher an die Lösung
der Aufgaben innerer Entwicklung gehen. Mögen Ihre Ar-
beiten für das Wohl des Staates reich gesegnet sein!